

Deutschland hat Zukunft Zeitenwende auf dem Prüfstand

Mittwoch, 30.07.2025 um 15:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland-hat-Zukunft-Kongress „Zeitenwende auf dem Prüfstand“, den wir auch live aus dem Haus der Bayerischen Wirtschaft in München übertragen.

Besonders herzlich begrüße ich die aktiv Beteiligten unserer heutigen Diskussionsrunde:

- den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Florian Hahn. Lieber Florian, schön, dass Du bei uns bist!
- Zudem begrüße ich den Bundestagsabgeordneten Niklas Wagener von den Grünen, ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses,
- Claudia Oeking, Head of Public Affairs bei Airbus
- und Dr. Frank Sauer, Privatdozent und Senior Research Fellow an der Universität der Bundeswehr in München.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit genommen haben und uns heute Rede und Antwort stehen!

[Es folgen weitere persönliche Begrüßungen.]

Meine Damen und Herren,

im Februar 2022 – wenige Tage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine – hat der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz eine verteidigungspolitische Zeitenwende ausgerufen. Das Ziel lautete: Deutschland wieder wehrhaft machen!

Dreieinhalb Jahre später hat sich die sicherheitspolitische Lage insgesamt weiter verschärft: Es steht außer Frage, dass sich der Expansionsdrang des Kremls nicht allein auf die Ukraine beschränkt. Viele Beobachter halten einen Angriff auf einen NATO-Staat in absehbarer Zeit nicht nur für denkbar, sondern sogar für wahrscheinlich.

Hinzu kommt, dass die USA offensichtlich nicht mehr ohne Weiteres bereit sind, unsere Sicherheit in Europa zu garantieren.

Als Bayerische Wirtschaft haben wir die verteidigungspolitische Zeitenwende in Deutschland von Anfang an begrüßt. Uns ist bewusst: Wir werden unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand nur dann sichern, wenn wir so schnell wie möglich wieder verteidigungsfähig werden und es auch dauerhaft bleiben!

Heute wollen wir darüber diskutieren, wo wir mit Blick auf dieses Ziel stehen. Dabei muss uns allen klar sein: Unserem Land steht noch viel Arbeit bevor!

Meine Damen und Herren,

die Ampel-Regierung hat nach der Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz wichtiges in Gang gesetzt. Zur Wahrheit gehört aber auch: Viele

Strukturprobleme der Bundeswehr blieben unter der alten Regierung weiterhin ungelöst.

Um verteidigungsfähig zu werden, benötigen unsere Streitkräfte jetzt vor allem zwei Dinge:

- Mehr Material und
- mehr Personal.

Beides möglichst schnell! Wir alle wissen, dass die Uhr tickt.

Zunächst zum Material.

Hier sehen wir Licht und Schatten.

Zwar wurden in den letzten Jahren zahlreiche Großprojekte auf den Weg gebracht hat, um die Bundeswehr besser auszurüsten. Dennoch: Wir sind noch immer zu langsam!

Der Blick auf die Produktebene zeigt: Wir brauchen von allem mehr! Wir müssen in klassische Verteidigungssysteme investieren, aber ebenso in neue Technologien! Nur so

können wir die militärische Führungsrolle innerhalb Europas und der NATO übernehmen, die Bundeskanzler Merz zu Recht anstrebt.

Die Mittel für die Ausrüstungsoffensive stehen bereit. Mit der Entscheidung, Verteidigungsausgaben von mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts von der Schuldenbremse auszunehmen, hat die schwarz-rote Bundesregierung das Richtige getan. Am Geld werden die sicherheitspolitischen Pläne Deutschlands also nicht scheitern.

Klar ist allerdings ebenso, dass dieses Geld jetzt auch zügig und vor allem sinnvoll investiert werden muss. Das bedeutet auch, dass mehr Verteidigungsausgaben als bisher nach Europa, Deutschland und Bayern fließen müssen.

Was die neueste Zolleinigung zwischen der EU und den USA bedeutet, die ja hohe Rüstungseinkäufe in den USA vorsieht, werden wir heute sicherlich ebenfalls diskutieren. Hier

bin ich gespannt auf die Einschätzungen unserer Podiumsteilnehmer.

Was ich an dieser Stelle jedoch betonen will: Als Bayerische Wirtschaft unterstützen wir natürlich nach wie vor das Ziel der Bayerischen Staatsregierung, dass ein Viertel aller deutschen Rüstungsaufträge nach Bayern gehen soll! Denn der Freistaat ist das Zentrum der deutschen Verteidigungsbranche.

Unseren Schätzungen zufolge erwirtschaften derzeit etwa 50.000 Beschäftigte in Bayern eine Wertschöpfung in Höhe von 9,5 Milliarden Euro pro Jahr. Laut vbw-Recherchen sind im Freistaat circa 200 Unternehmen im Verteidigungsbereich aktiv. Damit ist in Deutschland etwa jedes dritte Verteidigungsunternehmen in Bayern beheimatet. Zu ihnen zählen sowohl Erstausrüster, Zulieferer als auch Start-ups.

Diese Unternehmen decken die gesamte Wertschöpfungskette ab – ausgehend von

Forschung und Entwicklung über Zulieferung und Produktion bis hin zur Systemintegration- und -betreuung. Darüber hinaus profitieren sie von der Nähe zu Forschungsinstituten und Hochschulen, an denen Forschung und Ausbildung auf Spitzenniveau stattfindet.

All das zeigt: Die bayerische Verteidigungswirtschaft als strategisch wichtige Schlüsselbranche des Freistaats steht bereit. Sie kann ihre Kapazitäten schnell erhöhen und die Produktion zügig hochfahren!

Dafür brauchen wir aber Veränderungen im Beschaffungswesen der Bundeswehr, das nach wie vor zu schwerfällig ist. Der aktuelle Entwurf für das Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz enthält eine Reihe guter Maßnahmen. Fakt ist allerdings auch, dass weitere Anstrengungen notwendig sind! Wichtig wäre es beispielsweise, den Schwellenwert zu erhöhen, der eine Befassung des

Parlaments mit Beschaffungsvorgängen obligatorisch macht. Dieser Wert liegt seit Jahrzehnten unverändert bei 25 Millionen Euro. Das bremst uns aus!

Unsere zweite zentrale Forderung lautet: Um wieder verteidigungs- und bündnisfähig zu sein, brauchen wir neben dem Material natürlich ausreichend Personal! Gegenwärtig verfügt unser Land über rund 180.000 aktive Soldaten. Wir benötigen aber 260.000, plus 200.000 Reservisten, um Aggressoren die Stirn bieten zu können. Das heißt: Die personellen Kapazitäten der Bundeswehr müssen zügig und deutlich aufgestockt werden.

Laut aktuellem Entwurf des „Wehrdienstmodernisierungsgesetzes“ setzt die Koalition in Berlin dazu zunächst auf Freiwilligkeit. Ziel ist es, den Wehrdienst attraktiver zu machen. Dieses Vorgehen ist aus aktueller Sicht nachvollziehbar. Es fehlen bislang aber noch die

Kapazitäten, um ad hoc einen verpflichtenden Wehrdienst für alle einzuführen. Kasernen, Ausbilder und Material – all das ist noch nicht wieder in ausreichendem Maße verfügbar.

Positiv ist, dass ein verpflichtender Wehrdienst im Ernstfall per Rechtsverordnung mit einfacher Mehrheit des Bundestags möglich sein soll – also vor dem Spannungs- bzw. Verteidigungsfall und ohne erneutes Gesetzgebungsverfahren.

Unabhängig von dieser Möglichkeit muss allerdings zeitnah und bereits vor dem Ernstfall geprüft werden, ob ein freiwilliger Wehrdienst ausreicht, um den nötigen Personalaufwuchs sicherzustellen. Wenn das nicht der Fall ist, muss schnell nachgesteuert werden – und zwar in Richtung verpflichtendem Wehrdienst.

Die beste Lösung ist aus unserer Sicht aber eine allgemeine Wehrpflicht für Männer und Frauen in Kombination mit einem Deutschlandjahr, also ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr – auch

wenn uns bewusst ist, dass dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag notwendig wäre.

Meine Damen und Herren,

wenn das Recht des Stärkeren in der Welt mehr zählt als die Stärke des Rechts, dann darf man sich keine militärische Schwäche leisten.

Deshalb müssen wir die verteidigungspolitische Zeitenwende jetzt auch konsequent umsetzen – und zwar möglichst rasch. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren!

Ich danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an unseren Moderator Stefan Lina.